

Unruhestand Hansjörg Lang (67) ist als Amtsarzt zurückgetreten, er bleibt in Mammern aber höchst aktiv.

Region Seite 21

Weinbau Qualität und individuelle Produkte haben bessere Chancen auf dem Markt.

«Schaffhauser Bauer» Seiten 26 und 27

Agnesenschütte Oliver Thiele sagt, warum die Schaffhauser Bibliothek neu auch jeden Sonntag offen ist.

Region Seite 16



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Region

Kleiner Erfolg im Ampelstreit

NEUHAUSEN Die Verkehrssituation am Knoten Klettgauer-/Engestrasse erhitzt seit Jahren die Gemüter in Neuhausen. Nun ist der Kanton der Rheinfallgemeinde etwas entgegengekommen. Er will das Linksabbiegeverbot aus der Engestrasse in Richtung Neuhauser Ortszentrum aufheben. Dies wurde an einer Info-Veranstaltung angekündigt.

Seite 17

Region

«Gemeindehaus» mit neuem Wirt

NEUNKIRCH Mit Marco Rüedi aus Löhningen hat der Gemeinderat von Neunkirch einen neuen Pächter und Wirt für das Restaurant Gemeindehaus gefunden – rund acht Monate nach dem tragischen Tod seines Vorgängers. Am 12. März wird das Lokal mit einem Anlass für geladene Gäste feierlich wiedereröffnet.

Seite 18

Ausland

Taliban greifen Universität an

ISLAMABAD Bei einem Angriff der Taliban auf eine Universität im Nordwesten Pakistans sind 21 Menschen getötet worden. Der Angriff sei mit der Tötung der vier Angreifer beendet worden, teilte die Polizei mit. Die meisten Toten habe es in einem Wohnheim für Studenten gegeben. Zudem seien mehr als 30 Menschen verletzt worden.

Seite 3

Gsaat isch gsaat

«Der Fall hat mich mein Leben lang nicht losgelassen.»

Robert Akeret, mit dem Fall Würenlingen betrauter Untersuchungsrichter

ANZEIGE

Machen Sie mehr aus Ihrem Geld

KB INVEST PLUS

Unsere Alternative zum Sparkonto – schon ab CHF 30 000.

Infos unter www.shkb.ch/mehrendite oder +41 52 635 22 29.



A1411394



9 771420 600002

Höherer Steuerfuss nun doch nicht nur temporär

Länger als geplant wird der Kanton Schaffhausen seinen Steuerfuss auf einem hohen Niveau halten müssen. Das sagt die Regierung.

VON ZENO GEISSELER

SCHAFFHAUSEN Der Kanton Schaffhausen muss zwar seinen Steuerfuss erhöhen, diese Massnahme gilt aber nur temporär, für die Jahre 2016 und 2017. Dies hat die Regierung im Rahmen des Entlastungsprogramms 2014 bisher stets betont. Doch nun wird deutlich,

dass der Steuerfuss nicht nur vorübergehend erhöht wird, sondern auf absehbare Zeit. «Wir müssen davon ausgehen, dass die Steuerfusserhöhung bleibt», sagt Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel.

Parlament hat gekürzt

Der Grund liegt im Entlastungsprogramm 2014. Dieses hatte ursprünglich das Ziel, den Kanton von einem Defizit im Umfang von 40 Millionen Franken zu entlasten. Nach mehreren Verhandlungsrunden ist das Paket inzwischen aber deutlich geschrumpft: Für 2019 rechnet der Kanton noch mit Entlastungen von 31,2 Millionen Franken. Unter anderem hat

der Kantonsrat Massnahmen im Umfang von über 10 Millionen Franken gestrichen. Nur mit den drei Extra-Steuerprozenten, die zusammen etwa 7,5 Millionen Franken in die Kantonskasse spülen, kann das ursprüngliche Ziel wenigstens mehr oder weniger erreicht werden.

Gemeinden profitieren

Zu den Gewinnern des Entlastungsprogramms gehören die 26 Schaffhauser Gemeinden: Sie profitieren ebenfalls von den Massnahmen, obwohl sie finanziell zum Teil deutlich besser dastehen als der Kanton. Erstmals liegen nun für jede Gemeinde detaillierte Zahlen vor. Mehr auf Seite 15

Weltwirtschaftsforum Eröffnung stand im Zeichen kritischer Worte



Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck hat am diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WEF) scharfe Kritik geübt an der europäischen Solidarität in der Flüchtlingskrise. Niemand könne wollen, dass «das grosse historische Werk» Europa an der Flüchtlingsfrage zerbreche. Kritische Töne schlug auch Microsoft-Chef Satya Nadella an – er warnte vor

der Zerstörung zahlreicher Arbeitsplätze mit wenig qualifiziertem Personal. Sheryl Sandberg, operative Leiterin von Facebook, sagte, die von der Digitalisierung geprägte Wirtschaft 4.0 könne eine Chance für Schwellenländer sein. Die digitale Vernetzung sei zu wichtig, um sie den Reichen zu überlassen. Bild Key Mehr auf Seite 9

Österreich will Flüchtlingsobergrenze

Noch höchstens 127 500 Flüchtlinge will Österreich bis Mitte 2019 ins Land lassen.

WIEN/BRÜSSEL Bis gestern war Österreich der Musterknabe in der europäischen Flüchtlingspolitik. Das Land nahm Zehntausende Flüchtlinge auf, und der sozialdemokratische Kanzler Faymann rief mit der konservativen deutschen Kanzlerin Merkel nach einer europaweiten Verteilung der Flüchtlinge. Nun hat die Regierung beschlossen, dass bis Mitte 2019 nur noch höchstens 127 500 Flüchtlinge ins Land kommen dürfen, was 1,5 Prozent der

Bevölkerung entspricht. Was genau geschieht, wenn diese Zahlen überschritten werden, ist noch nicht entschieden. Faymann sagte, Österreich wolle damit die EU «wach rütteln». Eigentlich würde er eine europaweite Verteilung der Flüchtlinge bevorzugen. Das Scheitern dieser Vorschläge sei der Grund für die österreichischen Schutzmassnahmen.

Angesichts der verfahrenen Situation forderte EU-Kommissionspräsi-

dent Juncker gestern ein Sondergipfeltreffen zur Migrationspolitik noch im Februar. In Brüssel setzt sich die Ansicht durch, dass die Zeit drängt. Gestern warnte der niederländische Premier Rutte, die EU benötige binnen sechs bis acht Wochen einen deutlichen Rückgang des Flüchtlingsstroms. EU-Parlamentspräsident Schulz von der SPD zeigte ein «gewisses» Verständnis für die Situation Österreichs, das «allein gelassen» worden sei. (ffe.)

Geheimabkommen

Die Schweiz im Fadenkreuz des Terrors

ZÜRICH Der 21. Februar 1970 hat sich ins Bewusstsein der Bevölkerung von Würenlingen im Kanton Aargau eingegraben. Es ist ein Samstag mit Schnee und Regen, als ein Flugzeug aus der Wolkendecke schiesst und in einem Waldstück zerschellt. Von den 47 Menschen an Bord bleiben nur noch Leichenteile übrig. Die Coronado mit der Flugnummer SR 330 war in Klotten gestartet, mit Ziel Tel Aviv. Nach wenigen Minuten detonierte aber im Frachtraum eine mit einem Höhenmesser versehene und als Postsendung getarnte Bombe. Verantwortlich für den Anschlag waren palästinensische Terroristen.

Ungesühter Tat

Der Bombenanschlag von Würenlingen sei das «grösste Verbrechen der jüngeren Schweizer Geschichte», schreibt der NZZ-Journalist Marcel Gyr in seinem Buch «Schweizer Terrorjahre», das heute erscheint. Der 47-fache Mord sei bis heute ungesüht, die Hintergründe lägen noch immer im Dunkeln. Das führt Gyr auch darauf zurück, dass die Schweiz mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ein geheimes «Stillhalteabkommen» ausgehandelt haben soll, wie er gestern in der NZZ schrieb. Die Schweiz sollte demnach von weiteren Anschlägen verschont bleiben, wenn sie im Gegenzug die PLO auf dem diplomatischen Parkett unterstützte.

Weniger brisant als von der NZZ vermittelt findet das alles dagegen der Direktor der Diplomatischen Dokumente der Schweiz, Sacha Zala. «Die Schweiz ist hier ein kalkulierbares Risiko eingegangen», sagt er, das sei diplomatisches Business as usual. (sda/vbu/aka) Mehr auf Seite 2

Syrien

Kerry und Lawrow trafen sich in Zürich

ZÜRICH Kurz vor dem geplanten Beginn der Syrien-Gespräche in Genf hat sich US-Aussenminister John Kerry in Zürich mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow getroffen.

Die beiden versuchten, den Friedensprozess auf der Schiene zu halten, denn der Beginn der Syrien-Gespräche in Genf am 25. Januar steht auf der Kippe. «Es ist noch einige Arbeit nötig, damit das Treffen stattfindet. Aber es ist unsere Hoffnung, dass dies weitergehen kann und dass wir das Treffen am 25. abhalten können», sagte Kerrys Sprecher John Kirby in Zürich. Lawrow sagte nach dem Treffen, die Gespräche sollten wie geplant noch diesen Monat stattfinden. Weder er noch Kerry würden das Treffen in Genf verschieben wollen. Die beiden diskutierten über die Auswahl der syrischen Oppositionsvertreter. Die syrische Regierung und Russland fordern, dass nur bestimmte Vertreter der Opposition in der Schweiz mit am Tisch sitzen. (sda)

Heisses Jahr Trockener und wärmer als im langjährigen Durchschnitt war das Wetter in der Region 2015. **Region Seite 16**

Neue Band Der Schaffhauser Musiker Rémy Guth wird zukünftig mit «Rémy and Friends» auf der Bühne stehen. **Region Seite 17**

EP 2014: So profitieren die Gemeinden

Die Finanznot des Kantons ist die Freude der Schaffhauser Gemeinden: Streicht der Kanton Ausgaben und erhöht Einnahmen, verbessert dies auch ihre Rechnung um mehrere Millionen Franken. Nun liegen konkrete Zahlen vor.

VON ZENO GEISSELER

Seit 2010 schreibt der Kanton Schaffhausen rote Zahlen. Um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen, haben Regierung und Parlament eine ganze Reihe von Massnahmen beschlossen, zuerst ESH3, vorgestellt 2012, und danach das Entlastungsprogramm 2014 (EP 2014).

Das EP 2014 wird sein ursprüngliches Ziel, Entlastungen von 40,1 Millionen Franken 2017 und sogar von 47,1 Millionen Franken im Jahr 2018, allerdings klar verfehlen. Nach mehreren Verhandlungsrunden wird der Kanton 2017 nun voraussichtlich noch 23,8 Millionen Franken einsparen, und 2018 werden es 26,5 Millionen Franken sein. Dies zeigt eine Auswertung des Finanzdepartements, welche den SN vorliegt.

Selbst diese geringeren Einsparungen werden allerdings nur dann realisiert, wenn das Volk bei fünf Massnahmen, die an die Urne kommen, im Sinne der Regierung und der Ratsmehrheit entscheidet, sprich, Kürzungen und höhere Abgaben gutheisst. Themen sind Einsparungen bei der Prämienverbilligung, Begrenzungen der kantonalen Beiträge an die Pflegekosten, Einschränkungen bei Freifächern an der Kanti, Anpassungen bei der Besteuerung von Ehepaaren und höhere Steuern beim Bezug von Vorsorgekapital. Bei diesen fünf Abstimmungen geht es um 5,1 Millionen Franken jährlich für den Kanton. Im Worst-Case-Szenario, das Volk lehnt alles ab, blieben dem Kanton noch 21,4 Millionen Franken an jährlichen Entlastungen im Jahr 2018, also weniger als die Hälfte des ursprünglichen Volumens.

Was bei der Debatte um EP 2014 allerdings oft untergeht, ist, dass nicht nur der Kanton von diesem Programm profitiert. So betreffen von den fünf erwähnten Abstimmungen nur gerade



Bei den Gesundheitskosten können die Gemeinden besonders stark vom Entlastungsprogramm 2014 profitieren: Eine Senkung der Beiträge an die Krankenkassenprämien würde ihnen Einsparungen in Millionenhöhe bringen. Bild Key

zwei, die Pflegekosten und die Freifächer, ausschliesslich die Kantonskasse. Die anderen drei aber wirken sich auch auf die Gemeinden aus, und zwar sogar stärker als auf den Kanton.

Konkret stehen den 5,1 Millionen Franken, um die es für den Kanton geht, 6,1 Millionen für die Gemeinden gegenüber. Dies hat damit zu tun, dass viele Gesetzes- und Verordnungsänderungen und damit auch die meisten EP-2014-Massnahmen automatisch auch für die Gemeinden gelten. Das Paradebeispiel sind die Kürzungen bei der Prämienverbilligung: Kommt diese Sparmassnahme durch, wird allein die Stadt Schaffhausen um fast zwei Millionen Franken entlastet. Dies, obwohl es der Stadt finanziell gut geht: Sie rechnet für 2016 mit einem Überschuss von 4,5 Millionen Franken und kann einen Steuerrabatt gewähren.

Alle 26 Schaffhauser Gemeinden zusammen profitieren insgesamt mit 7,6 Millionen Franken von EP 2014, falls das Volk an der Urne Ja sagt. Lehnt der Souverän die drei Massnahmen, die auch die Gemeinden betreffen, ab, verbleibt immer noch ein Plus von 1,4 Millionen Franken. Die Kantonsregierung

hofft nun, dass die Gemeindevertreter die EP-2014-Abstimmungen nicht als reine Sache des Kantons ansehen, sondern ihren Stimmbürgern klarmachen, dass es eben auch um viel Geld für ihre Städte und Dörfer geht.

Steuererhöhung soll bleiben

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmungen ist für Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel jetzt schon klar, dass der Kanton noch über einen anderen Kanal Mittel beschaffen muss: über den Steuerfuss. Das Parlament hat für 2016 bereits beschlossen, diesen Satz von 112 auf 115 Punkte anzuheben, was rund 7,5 Millionen Franken zusätzlich in die Kassen spülen soll. Ein Ehepaar mit einem Bruttoeinkommen von 120 000 Franken wird rund 180 Franken mehr abliefern als bisher.

Bislang sprach die Regierung allerdings immer davon, dass eine Anhebung des Steuerfusses zwar nötig sei, aber bloss temporär. Sie diene als Defizitbrücke, bis der Haushalt wieder im Lot sei. Doch laut Widmer Gysel soll der Kanton den höheren Steuerfuss wohl oder übel über längere Zeit beibehalten: «Wir müssen davon ausgehen,

dass die Steuerfusserhöhung bleibt», sagt sie. Das letzte Wort dazu hat indes das Parlament, es entscheidet im Rahmen der Budgetverhandlungen jeweils auch über den Steuerfuss. Gerade auch bei Widmer Gysels eigener Partei, der SVP, ist der Widerstand gegen höhere Steuern traditionell gross.

Wie hoch der Steuerfuss in späteren Jahren sein soll, ist unklar. «Zuerst müssen wir abwarten, was die Konsequenzen aus der Rechnung 2015 sind», sagt Widmer Gysel. Das Augenmerk gilt vor allem den grossen Kostentreibern wie der Gesundheit und der sozialen Wohlfahrt. Ihre Entwicklung wird den Finanzplan bis 2020 massgeblich beeinflussen und damit auch den Steuerfuss.

Unsichere SNB-Gelder

Im Auge behalten muss Schaffhausen auch Entwicklungen beim Bund. Bern hat ein eigenes Stabilisierungsprogramm in die Wege geleitet, doch dessen Folgen für die Kantone sind noch nicht absehbar. Unsicher sind auch die Beiträge der Nationalbank. Für das Geschäftsjahr 2015 schüttet sie zwar eine Milliarde Franken an

EP 2014 Entlastung in Fr. pro Gemeinde 2018

Gemeinde	Bei 5 x Nein	Bei 5 x Ja
Bargen	5000	25 000
Beggingen	15 000	52 000
Beringen	73 000	421 000
Buch	5 000	28 000
Buchberg	19 000	88 000
Büttenhardt	2 000	31 000
Dürflingen	17 000	91 000
Gächlingen	21 000	82 000
Hallau	68 000	231 000
Hemishofen	10 000	45 000
Lohn	8 000	74 000
Löhningen	30 000	127 000
Merishausen	24 000	92 000
Neuhausen	121 000	891 000
Neunkirch	45 000	201 000
Oberhallau	9 000	40 000
Ramsen	36 000	141 000
Rüdlingen	17 000	83 000
Schaffhausen	560 000	3 325 000
Schleitheim	43 000	182 000
Sibingen	22 000	90 000
Stein am Rhein	85 000	380 000
Stetten	21 000	121 000
Thayngen	77 000	458 000
Trasadingen	28 000	72 000
Wilchingen	57 000	190 000
Total	1 418 000	7 561 000

Leisebeispiel Gemeinde Bargen: Lehnt das Volk alle fünf Entlastungsvorlagen ab, profitiert Bargen im Jahr 2018 mit 5000 Franken jährlich vom Entlastungsprogramm 2014. Sagt das Volk zu allen fünf Vorlagen Ja, sind es 25 000 Franken (Beträge gerundet).

Quelle: Finanzdepartement Kanton Schaffhausen

Bund und Kantone aus, nach Schaffhausen fliessen immerhin 6,4 Millionen hochwillkommene Franken. Doch die SNB-Beiträge fliessen sehr unregelmässig. So unregelmässig, dass der Kanton sie gar nicht mehr ins Budget einplant. Rechnungsrelevant, aber erst ab 2019, ist weiter auch die Kantonalisierung der Volksschule («Volksschule aus einer Hand»). Ebenfalls um die Schule geht es schliesslich bei der Volksschul-Initiative. Sie richtet sich gegen den Abbau von Pflichtlektionen, auch dies eine EP-2014-Massnahme. Mit dem Abbau soll der Kanton ab 2019 jährlich 1,1 Millionen Franken sparen, die Gemeinden sogar 1,6 Millionen Franken.

Wann die EP-2014-Vorlagen an die Urne kommen, ist noch nicht definitiv bestimmt. Im Vordergrund steht der 3. Juli. Noch unklar ist, wann das Volk über den Lektionensabbau an der Volksschule entscheiden wird, es wird aber sicher auch noch dieses Jahr sein.

Kopf der Woche Selina Weber, Ski- und Snowboardlehrerin

Grosse Leidenschaft für Berge und das weisse Element

Selina Weber hat ihr Hobby zum Beruf gemacht. Im Winter ist sie Ski- und Snowboardlehrerin.

VON MAXIMILIAN WIGGENHAUSER

Bereits in jungen Jahren lernte Selina Weber das Skifahren. Bereits seit ihrem zweiten Lebensjahr steht die Schaffhauserin auf der Piste. Irgendwann schienen ihr die Skier jedoch nicht mehr zu reichen, und schon mit sechs Jahren lernte sie zusätzlich Snowboardfahren. Auch wenn Weber schon länger Ski fährt, gefällt ihr Snowboard heute besser, und privat fährt sie so gut wie nur noch Snowboard. Im letzten Jahr



Selina Weber ist in Schaffhausen aufgewachsen und arbeitet jetzt an der Skischule Arosa in Graubünden. Bild Selina Weber

hat sie sich entschieden, das, was sie gerne macht, zu ihrem Beruf zu machen: Seit diesem Jahr ist sie während der Wintersportsaison Ski- und Snowboardlehrerin an der Skischule Arosa.

Begonnen hat das Ganze mit einem Wochenendjob: Sie half jeweils in der Skischule Arosa aus. Dazu pendelte Weber jedes Wochenende von Schaffhausen nach Graubünden. «Die Arbeit hat mir auf Anhieb Spass gemacht», sagt Weber. Als sie ihre KV-Lehre im Sommer beendet hatte, erwog sie verschiedene Möglichkeiten und entschied sich dann, sich bei der Skischule Arosa zu bewerben. Die Umstellung, jetzt so gut

wie gar nicht mehr in Schaffhausen, sondern nur noch in Arosa zu sein, macht Weber nichts aus. «Schon als Kind bin ich immer viel lieber in den Bergen als in der Stadt gewesen.» An ihrem

Job mag sie vor allem, dass sie immer draussen und unter Menschen ist. Auch das schöne Wetter sei eine nette Begleiterscheinung. Man lerne viele Leute kennen und lerne

auch viel über sich selbst. Weniger Spass mache ihre Arbeit allerdings, wenn das Wetter gerade nicht so schön sei, unter anderem deshalb, weil dann alle Gäste weniger gut gelaunt seien.

Nebst ihrer Ausbildung am KV hat Weber einen dreimonatigen Sprachaufenthalt in Australien gemacht, um zu reisen, aber auch, um ihr Englisch zu trainieren. Ab dem Sommer möchte sie die Berufsmatur machen und dann studieren. Psychologie wäre ein Studiengang, der für sie infrage käme. «Ich fand es schon immer interessant, zu verstehen, wie verschiedene Leute ticken», sagt Weber. Auch könnte sie sich vorstellen, irgendwann einmal eine Zeit lang in Neuseeland oder Kanada Skiunterricht zu geben.

«Schon als Kind bin ich immer viel lieber in den Bergen als in der Stadt gewesen.»

Selina Weber

Zur Person

Alter 19 Jahre
Zivilstand Ledig
Wohnort Während der Skisaison Arosa, sonst Schaffhausen
Hobbys Nebst Ski- und Snowboardfahren Surfen, Tanzen, Reiten